„Schlank und groß“ – wie die Polizei politisch korrekt fahndet

Sascha Grammes, ein Freund und Leser dieses Blogs schrieb mir gestern:

„Hey, ich wurde auf Facebook grade von der Polizei Mettmann blockiert.

Hintergrund: am Freitag wurde gegen 16 Uhr im Knipprather Wald eine Joggerin in einem stark frequentierten Bereich des Waldes von einem Mann in T-Shirt und Unterhose erst angesprochen, verfolgt, überholt und dann sexuell belästigt.

Laut Täterbeschreibung der Polizei war es ein schlanker Mann zwischen 30-40 Jahren, ca. 170 groß.

Die – freundlich ausgedrückt – lückenhafte Täterbeschreibung kommentierte ich erst ironisch und, nachdem ich bemerkte, dass viele (auch die Pol. Mettmann) die Ironie nicht verstanden, klar und deutlich dahingehend, dass man offenbar wichtige Merkmale, die der Dame unbedingt aufgefallen sein müssen, bewusst nicht erwähnte – vermutlich aus falsch verstandener political correctness.

Gab es Gesichtsbehaarung, sprach er mit einem Akzent, Hautfarbe, usw. sollten bei diesem Tathergang eigentlich aufgefallen sein, insbesondere da das Alter doch recht klar geschätzt werden konnte.

Wenige Minuten nach meinem entsprechenden Vorwurf konnte ich die Seite der Polizei Mettmann auf FB nicht mehr finden und alle Benachrichtigungen über Reaktionen auf meine Kommentare waren verschwunden. Ergo: ich wurde blockiert.“

Das ist Deutschland im Jahr 2025, und so etwas passiert jeden Tag mehrfach. Und dann wundert man sich, warum die Staatsverdrossenheit fast so schnell wächst wie die Umfragewerte für die AfD, wenn man unfähig ist, die Dinge einfach sachlich zu benennen.

Danke, Sascha!

„…tut mir unendlich leid“… Liebe Janine Kunze, warum eigentlich?

Die Kölner Schauspielerin Janine Kunze ist eine großartige Künstlerin. Nie als politische Aktivistin aufgefallen, musste sie jetzt erleben, dass nicht nur der politische, sondern besonders der mediale Mainstream unbarmherzig ist, wenn es jemand wagt, eine Meinung zu haben und dann auch noch im Fernsehen zum Besten zu geben.

Was war passiert? In der WDR-Talkshow „Die letzte Instanz“ hatte die 46-Jährige wie drei Mitdiskutanten auf die Frage »Das Ende der Zigeunersauce: Ist das ein notwendiger Schritt?« eine rote Karte gehoben – als Ausdruck dafür, dass sie das Bannen der Zigeunersauce von den Speisekarten eben nicht für notwendig halten. Aber wer in Deutschland nicht für die Abschaffung eines Begriffes wie Zigeunerschnitzel ist, der gefährdet seine berufliche Existenz. So einfach ist das.

Es gibt viele Beispiele, die aber natürlich nicht 1:1 übertragbar sind, wenn Sie etwa an den Ausnahmekünstler Xavier Naidoo und sein Tränen-Video denken, oder den überdrehten Corona-Rebellen Michael Wendler. Deren Auftritte waren deutlich schärferes Zeug, und wenn ich in einem Fernsehsender etwas zu sagen hätte, würde ich mir auch überlegen, ob ich ihnen weiter ein Millionenpublikum als Forum böte. Aber grundsätzlich gilt doch erst einmal: in einer freien Gesellschaft soll jeder denken und sagen können, was er oder sie will.

Zumindest wenn es um Meinung geht, bei Fake News, mit dem die öffentliche Meinung bewusst vergiftet wird, ist nicht alles erlaubt. Und wer ernsthaft behauptet, der Holocaust habe nicht stattgefunden, der ist ein Fall für die Psycho-Couch oder im schlimmsten Fall für die Klapse. Aber auch dort würde ich zumindest hinterfragen wollen, ob es zum Beispiel sein muss, eine 92-Jährige zum wiederholten Male ins Gefängnis zu sperren, weil sie irre Thesen vertritt. Doch das ist Sache unserer Gerichte.

Man muss gar nicht so weit gehen, aber denken Sie an wirklich harmlose Vorkommnisse wie etwa das Mittagessen im Jahr 2019, das Hans Joachim Mendig, damals Geschäftsführer einer deutschen Filmförderanstalt und davor Programmchef des Hessischen Rundfunks (HR), mit dem Sprecher der größen Oppositionspartei im Bundestag, AFD-Chef Jörg Meuthen, und dem Frankfurter PR-Guru Moritz Hunzinger zu sich nahm. Als ein harmloses Selfie davon in den Sozialen Netzwerken auftauchte, brach ein Sturm der Entrüstung los. Nur kurze Zeit später berief der Aufsichtsrat der „HessenFilm“ unter Vorsitz der hessischen Kultusministerin Angela Dorn (Grüne) Mendig einstimmig von seinem Posten ab. Raus, Schluß, vorbei. Weil er mit einem Politiker essen war. Nicht in einem dunklen Keller mit Uniform an und widerwärtigen Fahnen im Hintergrund, sondern im Freien an einem Tisch vor einem In-Italiener in Frankfurt, wo es übrigens wunderbares Vitello Tonato gibt. Vor den drei Gesprächspartnern standen drei Wassergläser und eine Espresso-Tasse.

Warum um alles in der Welt sollte man nicht mit Jörg Meuthen Mittag essen? „Viele Filmschaffende“ wollten jetzt nicht mehr mit Mendig zusammenarbeiten, ließ man verlauten. Mit so einer schwachsinnigen Begründung kann man Jeden mundtot machen. Überall. Sollen sich die „Filmschaffenden“ doch die öffentliche Kohle für ihr oftmals schreiend untalentiertes Wirken woanders holen! Vielleicht mal arbeiten in einem Beruf, von dem sie etwas verstehen.

Doch zurück zum Skandälchen um Janine Kunze. Sie meldete sich auf Instagram zu Wort und entschuldigte sich demütigst:

„Es tut mir unendlich leid und ich habe festgestellt, dass ich nicht ausreichend aufgeklärt bin.“

Und weiter mit der Selbstkasteiung:

„Mir ist klar geworden, dass ich Menschen, insbesondere die der Sinti und Roma Community, mit meinen unbedachten Äußerungen zutiefst verletzt, als auch diskriminiert habe und dafür möchte ich mich nochmals aufrichtig entschuldigen.“

Fehlte nur noch, dass sie 100 freiwillige Arbeitsstunden in einer sozialen Einrichtung anbietet.

Doch bevor nach dem Shittstorm von Links nun der von Rechts kommt (was bereits angelaufen ist): Es geht den WDR nichts an, wie Janine Kunze bevorzugt, ihr Schnitzel am Mittag zu nennen. Über was reden wir hier eigentlich? Was ist los mit diesem Land? Ich lese immer wieder von Sinti und Roma, die nicht das Geringste daran auszusetzen haben, als Zigeuner bezeichnet zu werden. Und was ist das für ein blöder Vorwurf an die Runde, wenn da vier „Weiße“ über so ein Thema debattieren, dann sei das Rassismus? Wie viel Rassismus ist denn erlaubt, wenn man Weiße bei Themen aus Talkrunden verbannen will, weil sie weiße Haut haben? Sollte es nicht so sein, dass eine Redaktion zu jedem Thema einladen kann, wenn sie will? Wenn die Hautfarbe keine Rolle spielen soll, warum instrumentalisiert man sie dann gegen Weiße? Das ist wie die Gendergaga-Aktivisten, die behaupten, das Geschlecht eines Menschen seit völlig belanglos und jeden Tag individuell festlegbar, aber gleichzeitig Frauenquoten fordern.

Diese Gesellschaft wird nicht an Corona zu Grunde gehen, sondern an der grassierenden Doofheit eines ideologisch aufgeheizten Teiles der Gesellschaft. Und auch daran, dass all die Menschen, die noch klar im Kopf sind, verlernt haben, sich wirkungsvoll gegen all das zu wehren. Ich werde mal bei eBay schauen, ob es da noch alte Schachteln mit dem aufgedruckten Sarotti-Mohr zu kaufen gibt.

Schauen Sie nicht einfach zu! Unterstützen Sie auch unsere Arbeit mit Ihrer Spende über PAYPAL hier oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld DE40 3205 0000 0000 2711 22 !

Linksgrüne PC-Wächter schaffen Namen Mohrenstraße ab

Die Wächter der Political Correctness setzen ihren Siegeszug fort. Und wo? Natürlich in der Hauptstadt des Irrsinns, und die heißt bekanntlich Berlin. Die Berliner Verkehrsbetriebe hatten heute bekanntgegeben, dass der traditionsreiche U-Bahnhof Mohrenstraße in Glinkastraße umbenannt werde – noch in diesem Jahr. Michail Iwanowitsch Glinka (1804-1857) war ein russischer Komponist.

Seite Jahren tobt in der Metropole eine Schlacht zwischen linksgrünen Bilderstürmern und Bürgern, die ihr traditionsbewusstes Berlin behalten oder auch zurückbekommen möchten. Doch die Mehrheit billigt offenbar das, was in der 3,8-Millionen-Stadt so vor sich geht, jedenfalls statten die Berliner Wähler die

linken Parteien SPD, Grüne und Linke (vormals SED) immer wieder mit stattlichen Mehrheiten aus.

Wenn es anders wäre, könnte man jetzt im Zuge der Antirassismus-Kampagne gegen die Mohren wenigstens auch die Karl-Marx-Allee endlich abschaffen und zum Beispiel durch eine Helmut-Kohl-Allee ersetzen.

Kündigung wegen falscher Meinung…

Kristie Higgs war bis vor kurzem Leiterin der Farmor‘s School in Fairford (Grafschaft Gloucestershire). Nachdem Sie auf Facebook zwei Kinderbücher kritisiert hatte, in denen für die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LGBT) geworben wird, befand die Disziplinarkommission der Schule, dass Higgs Postings als „anstößig empfunden“ werden könne und die Pädagogin deshalb wegen „groben Fehlverhaltes“ entlassen werde. In den Kinderbüchern werden gleichgeschlechtliche Partnerschaften als normal und die Ehe zwischen Mann und Frau als „scheinheilige“ Institution dargestellt.

Kann man ja so sehen, wenn man bunt und einfäl… sorry, vielfältig denkt. Aber Kündigung? Wegen eines Meinungsäußerung auf Facebook? Kristie Higgs hat angekündigt, vor Gericht zu ziehen. Gut so!

Nun soll auch persönliche Trauer sozialisiert werden

Kein Tag vergeht derzeit, ohne dass in Artikeln und Internetbeiträgen beklagt wird, dass so viele Deutsche sichtbar mit Frankreich und den Opfern von Paris trauern, ohne die gleiche Empathie auch für die jüngsten Opfer von Beirut oder die russischen Opfer des Verkehrsflugzeuges zu zeigen, die wohl ebenfalls Opfer eines Terroranschlages wurden. Auch meine Tochter kam gestern mit diesem Argument, nachdem sie mir von der Schweigeminute an ihrer Schule erzählt hatte. Die Frage ist berechtigt, aber ebenso einfach zu beantworten. Natürlich sind Menschen durch Tragödien immer dann besonders bewegt, wenn die sich in ihrer Nähe oder ihrem Umfeld ereignen. Ein Überfall auf ein Familienmitglied oder einen Nachbarn schockiert und bewegt doch jeden Menschen mehr als die morgendliche Zeitungsmeldung über den Überfall auf einen unbekannten Menschen irgendwo in der Stadt. Wollte man

über jedes Leid, das sich täglich irgendwo auf dieser Welt ereignet, trauern, wäre man im depressiven Dauermodus. Soll doch jeder so trauern, wie er oder sie es wirklich empfindet. Ob man eine französische Nationalflagge über sein Profilfoto bei Facebook legt – wie es sehr viele getan haben – oder nicht, was geht das eigentlich andere an? Inmitten von Political Correctness und der 24-Stunden-Volkserziehung, die uns an manchen Tagen umgibt, kommen nun Mitbürger und wollen uns Vorschriften darüber machen, für was wir wann und wie zu trauern haben. Irgendwann reicht's auch mal.

Wer nicht mitspielt, wird plattgemacht

„Wer keine Hitze verträgt, hat in der Küche nichts verloren", hat der 33. Präsident der Vereinigten Staaten, Harry S. Truman, einmal gesagt. Er wollte damit zum Ausdruck bringen, dass Politik ein hartes – manche sagen schmutziges – Geschäft und nichts für Sensibelchen ist. Und das ist wahr. Wer eine politische Haltung vertritt, weiß von vornherein, dass er oder sie dafür geschmäht, beschimpft und beleidigt wird. Und dabei ist vollkommen gleichgültig, welche Position vertreten wird. Auch die etablierten Parteien sind davon nicht ausgenommen – Merkel, Roth oder früher Guido Westerwelle haben Schmähungen ertragen müssen, die weit über jedes akzeptable Maß hinausgehen. Das Mitleid der Bevölkerung hält sich in Grenzen. „Ist im Preis mit drin", heißt es lapidar, wenn man fragt, warum wir unsere politischen Repräsentanten so behandeln, wie „wir" es bisweilen tun.

Was mir in jüngster Zeit zunehmend Sorgen macht, ist, dass es mit der Solidarität der Demokraten in unserem Land nicht mehr weit her ist, sobald es um den „Kampf gegen Rechts" geht. Ich meine damit nicht die Rassisten, die Brandsatz-Werfer oder diese armseligen, ekelhaften Gestalten, die in einer Berliner U-Bahn Migrantenkinder angepinkelt haben. Solchen widerwärtigen Figuren kann kaum genug abgrundtiefe Verachtung ihrer Mitmenschen entgegenschlagen. Ich meine diejenigen, die im politischen Diskurs Positionen vertreten, die vom Mainstream der Mehrheits-Gesellschaft abweichen. Die politisch Unkorrekten, die sogar bei manchen Themen die Mehrheit hinter sich haben. Vor kurzem wurde innerhalb weniger Tage zunächst ein Infostand der AfD von Linksextremisten in Frankfurt kurz und klein geschlagen. Das Auto der AfD-Europaabgeordneten Beatrix von Storch wurde nachts abgefackelt (Foto) und ins Haus des AfD-Vorsitzenden von Sachsen-Anhalt brachen Unbekannte ein und schlugen die Einrichtung kurz und klein. Die Medien meldeten das kurz, mehr als ein Schulterzucken rief es nicht hervor. Selbst schuld, wird mancher gedacht haben. Warum sind sie denn auch in einer konservativen – sprich: rechten – Partei? Den Vogel schoß SPD-Vizechef Ralf Stegner ab, der mittels Internet zwar mitteilte, Gewalt sei nicht akzeptabel, aber diese Rechtspopulisten sollten mal besser aufhören „hier die Opferrolle zu markieren". So, als würde Frau von Storch nachts durch Kreuzberg schleichen und Autos von Linkspolitikern anzünden. Ich finde diese Relativierung von Gewalt gegen Andersdenkende geht in einer freien und sich weltoffen gebenden Gesellschaft überhaupt nicht. Und ich schreibe dies, Leser meiner Beiträge wissen das, als jemand, der der AfD nicht nahesteht und sie auch nicht wählt. Es geht

um das hohe Gut der Meinungsfreiheit, eines der wichtigsten Grundrechte, das wir haben.

Werfen wir einen Blick auf den „Fall Pirincci“. Seine politischen Texte haben mir nie gefallen, das Vokabular noch weniger. Und seine Rede letztens in Dresden bei „Pegida“ war selten dämlich, in Teilen unsäglich, und rief auch lautstarken Protest bei den Demonstranten selbst hervor. Darf man in einem freien Land dämliche Reden halten? Nun verschwinden seine Bücher aus den Regalen der führenden Buchhändler in Deutschland, auch bei amazon ist Pirincci ein Ausgestoßener. Es soll sogar einzelne Buchhändler gegeben haben, die ankündigten, Pirinccis Bücher öffentlich zu schreddern. Verbrennen hätte wohl nicht so gut geklungen. Nun können in einem freien Land Verlage und Buchhändler natürlich selbst entscheiden, wessen Bücher sie verlegen oder zum Verkauf feilbieten wollen. Und wenn ein liberales Haus wie Bertelsmann zu dem Schluss kommt, dass Titel wie „Die große Verschwulung“ oder Texte, in denen neben „der, die, das“ dem Wort „ficken“ eine zentrale Bedeutung zukommt, nicht zum Image passt, dann ist das deren Entscheidung, die zu respektieren ist. Aber Katzenkrimis? Mit den Katern Francis und Blaubart und ihren Abenteuern? Diese höchst erfolgreichen Frühwerke von Pirincci sind inzwischen auch verbannt. Und wohl kaum wegen politischer Unbotmäßigkeit. Ganz offenbar geht es hier darum, jemanden wirtschaftlich zu vernichten, weil er das Falsche denkt, schreibt und sagt. Ganz bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ein Aufsatz des bekannten Homo-Aktivisten David Berger, der sich mit dem Thema beschäftigt: „Warum es unklug ist, wenn sich Schwule an der Zerstörung der Meinungsfreiheit beteiligen“. Berger weist gekonnt auf Paralleln zwischen Pirincci und seinen Kritikern hin, wenn es im Forum eines Schwulenmagazins über Pirincci heiße: „Der Autor leide an einem ’schweren Dachschaden‘, sei ein „braunes Arschloch‘, ein ‚Kanacken-Nazi‘, dem man ’nicht nur mit Worten … immer wieder auf die Fresse schlagen müsse‘.“ Dann fragt Berger zu recht: „Was wird sein, wenn Schwule irgendwann zu Sündenböcken werden?“ Wenn sich der Wind einmal dreht, wird dann der „Fall Pirincci“ die Büchse der Pandorra geöffnet haben, mit der unliebsame Meinungen aus den Regalen verbannt werden dürfen? Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden, hat Rosa Luxemburg gesagt. Die hatte es begriffen – ebenso wie David Berger.

Man muss in diesen Tagen nicht suchen, um Beispiele zu finden, die belegen, wie unbotmäßige Personen hierzulande zerstört und unter Druck gesetzt werden sollen. An der Schaubühne Berlin wird gerade eine Aufführung gezeigt, die den Titel „Fear“ trägt. Falk Richter hätte seinem neuen Stück im chronischen klammen Theater besser den Titel „Hate“ gegeben, denn in einem wüsten Mix aus Beate Tschäpe vom „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) über besorgte Bürger und Pegida bis hin zur Gender-Kritikerin Birgit Kelle wird dort alles in einen Topf geworfen, was Herrn Richter nicht gefällt. Hätte er auch noch Werder Bremen oder die bemannte Weltraumfahrt mit hineingenommen, wäre es genauso sinnfrei gewesen, wie das aktuelle Stück. Pegida in einen Topf mit der NSU? Eine des Terrorismus und der Beihilfe zum Mord angeklagte Frau Tschäpe und Birgit Kelle? Dümmlicher geht es nicht, und selten hat jemand aus dem Kulturbetrieb seine Denk- und Differenzierunfähigkeit dermaßen eindeutig dokumentiert, wie dieser Herr Richter. Im Fall von Birgit ist das hilflose Agieren sogar nachvollziehbar, denn inzwischen hat sich in der Bevölkerung herumgesprochen, was für eine menschenverachtende, ja groteske Ideologie dieses Gender Mainstreaming ist. Eigentlich könnte man nur lachen über diese Gender-Tanten, wenn sie nicht gleichzeitig versuchen würden, sich Zugriff auf das Denken unserer Kinder zu veschaffen. Ein kritisches Theater würde das aufspießen, würde mit den Mitteln der Kunst

bloßstellen, dass Genderisten eine Art Sekte sind, deren Wissenschaftlichkeit sich auf einer Höhe mit dem Kreationismus befindet. Aber unser deutscher Kulturbetrieb ist enteiert, er bringt inzwischen nur noch selten Überraschendes oder Kreatives auf die Bühne. Glattgebügelt und sakrosankt. Mit Subventionen der Steuerzahler gut versorgt.

In diesen Tagen habe ich immer mal wieder an die Weimarer Republik denken müssen. Die ist aus einer ganzen Reihe von Gründen gescheitert, aber eben auch daran, weil das Bürgertum zugelassen hat, dass Extremisten mit Gewalt und dem Verächtlichmachen von Überbringern ungewünschterr Ansichten und Institutionen die junge Demokratie von innen heraus zerstörten. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht Weimar, nicht einmal in der Nähe. Aber was man in dieser Zeit großer Herausforderungen für unser Land und sicher auch deutlicher Fehlentwicklungen im politischen Betrieb ohne Zweifel festhalten kann, ist: Hass und Hetze finden wieder in einem beunruhigenden Maße statt. Wer nicht mit dem Strom schwimmt, läuft Gefahr, verleumdet, beleidigt, bedroht und seiner wirtschaftlichen Existenz beraubt zu werden. Die etablierte Politik und die Mehrheitsgesellschaft schauen mit wenigen Ausnahmen ungerührt zu oder wenden sich desinteressiert ab. Und die Gralshüter der Political Correctness, die Gedankenpolizei und ihrer Helfershelfer in politischen Stiftungen und einigen Medien bereiten mit bisweilen unfassbar dümmlichen „Analysen“ den Weg für die Hetzer und Hasser.

Wer nicht mitspielt, wird plattgemacht. Und diese Haltung konzentriert sich längst nicht mehr auf die sogenannten Rechtspopulisten. Dieser Tage erlebt das Tübingens grüner Oberbürgermeister Boris Palmer. Der hatte öffentlich festgestellt, dass es so etwas wie ein Diskursverbot in Deutschland gibt. Er treffe zur Zeit viele Menschen, die fürchten, sie würden „in eine rechte Ecke gestellt“, wenn sie ihre Ängste und Sorgen angesichts der Flüchtlingskrise öffentlich äußern. Inzwischen werden aus seiner Partei heraus Stimmen laut, Palmer bei den Grünen auszuschließen. Das bunte Deutschland im Jahr 2015.

Mit Verlaub, ich formuliere wie ich will

Rainald Becker hat’s getan, und peng! sofort springt die Empörungsmaschine an. In einem Kommentar in den ARD-„Tagesthemen“ benutzte er den Terminus „Grüne und linke Gutmenschen“. Und die sind nun alle ganz empört über das „wording“. „Gutmensch“, das ist fast so schlimm wie „gesunder Menschenverstand“ oder – jetzt Ohren zuhalten – „Autobahn“. Die geht gar nicht, wie wir durch Johannes B. Kerners längst vom Winde verwehte Show einst erfahren haben. Ich persönlich finde ja, in einer freien Gesellschaft sollte jeder Mensch selbst entscheiden können, wie er formuliert – Journalisten sowieso. Das eigentlich Erstaunliche ist aber, dass sich unter den besonders Empörten in diesem Fall viele Menschen befinden, die nichts dagegen haben, eine staatliche Förderung für Familien mit Kindern als „Herdprämie“ oder „Verdummungsprämie“ zu bezeichnen, und die sich lachend auf die Schenkel klopfen, wenn engagierte Mütter als „Heimchen am Herd“ beleidigt werden. Denn merke: Gleich heißt im

modernen Deutschland noch lange nicht gleich! Die PC-Wächter wollen entscheiden, wie man zu formulieren hat. Tun wir ihnen diesen Gefallen nicht!

Totschlag-Begriffe ins Leere laufen lassen

Im modernen Mainstream-Deutschland ist es üblich geworden, unbequeme Meinungen durch begriffliche Stigmatisierung an den Rand zu drängen. Also, wenn zum Beispiel jemand die Auffassung vertritt, dass der Artikel 6 unseres Grundgesetzes explizit eine Privilegierung der Partnerschaft aus Mann und Frau – wir Ewiggestrigen nennen das Ehe – mit Kindern – wir Ewiggestrigen nennen das Familie – ausdrückt, so wird derjenige damit automatisch „homophob“. Das bedeutet: Mit solchen kranken Menschen und ihren Ideen muss man sich gar nicht mehr auseinandersetzen.

Und wenn jemand angesichts von Zwangsverheiratungen, Vollverschleierungen und den täglichen Fernsehbildern aus dem Islamischen Staat (IS) ein wenig, sagen wir, Unwohlsein empfindet, dass Deutschland allein in diesem Jahr etwa 600.000 Flüchtlinge (Schätzung des Islamrats) aus der muslimischen Welt aufninmmt, dann wird er automatisch „islamophob“. Das ist auch wieder so eine Krankheit, die den sofortigen Ausschluss aus dem öffentlichen Diskurs nach sich zieht.

Heute Morgen bin ich wieder auf den schönen Begriff „whataboutism“ gestoßen. Kennen Sie nicht? Verstehen Sie nicht? Also, es geht dabei um den Vorwurf, dass kritische Fragen mit Gegenfragen der „anderen Seite“ gekonntert werden. Mit diesen aber soll man sich gar nicht auseinandersetzen, weil sie ja nur „whataboutism“ sind. Logisch. Also: Nehmen wir an, einer der führenden Politiker unseres Landes bezeichnet einen Hetzer-Aufmarsch von rechts als „Pöbel“, dann könnte man ja zum Beispiel fragen: Würde dieser Politiker das wohl auch zu den Teilnehmer von linken Hetzveranstaltungen sagen, etwa wenn die sogenannten „antifa“-Horden Teile Berlins oder Hamburgs in Trümmer legen? Oder würde er das zu den Großfamilien in Duisburg sagen, die Polizeieinsätze neuerdings mit Knüppeln und Steinen bereichern? Oder zu den Hunderten Islamisten, die zum Töten und Köpfen in den Islamischen Staat reisen? Eigentlich eine ganz legitime Frage, denke ich, aber – Halt! Stopp! – an dieser Stalle bricht das Gespräch ab. Denn es ist ja nur „whataboutism“, und darauf muss man nicht antworten.

Meine Idee dazu: Machen wir diese Kinkerlitzchen einfach nicht mit. Sagen wir weiterhin gerade heraus, was wir zu den Themen unserer Zeit denken!

Freiheit! Freiheit! Freiheit! Verdammt noch mal….

Egon Bahr ist tot. Einer der großen alten Sozialdemokraten starb jetzt im Alter von 93 Jahren, und landauf landab wird er mit Superlativen gewürdigt. Einen „mutigen, aufrichtigen und großen Sozialdemokraten“ nannte ihn heute SPD-Chef Siegmar Gabriel, „“hochintelligent, einfühlsam und rhetorisch sehr begabt“, lobte Linken-Übervater Gregor Gysi, „ein mutiger Visionär und ein fantastischer Mensch“ würdigte NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und so weiter, und so weiter. Über alle Parteigrenzen hinweg wird ein Politiker gelobt, dessen Rückgrat und Konsequenz in so krassem Gegensatz zu vielen derjenigen aus der Politik stehen, die ihn heute würdigen. Aber es gibt einen Aspekt, der in den etablierten Medien heute nicht erwähnt wird, den man aber ruhig auch einmal betrachten sollte. Egon Bahr war über Jahre Leser der konservativen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF). Er gab dem Blatt Interviews, er war bereit, Beiträge zu schreiben. Mehr dazu hier. Den überwiegenden Teil meines politischen Lebens habe ich Egon Bahr und dem, für was er stand, skeptisch bis schroff ablehnend gegenüber gestanden. Als ich im zarten Alter von 16 Jahren begann, mich für Politik zu interessieren und der Jungen Union anschloss, hielt ich Bahr und Bundeskanzler Willy Brandt für Menschen, die Deutschland an die Sowjetunion „verkaufen“ wollten. Ich habe mich dramatisch geirrt. Mit der Vollendung der Deutschen Einheit 1990 wurde mir zunehmend klar, dass ihre Ostpolitik und das Konzept „Wandel durch Annäherung“ ein wichtiger Grundstein dafür waren, dass die schmerzhafte Teilung unseres Landes lange Jahre später gewaltlos überwunden werden konnte. Dafür gebührt diesen beiden Männern Dank und Respekt.

Ich habe begriffen und gelernt, dass es auch andere Sichtweisen als die eigene geben kann, die zum richtigen Ergebnis führen. Und ich habe zunehmend den intellektuellen Gewinn genossen, mich mit ganz anderen Sichtweisen als meiner eigenen auseinanderzusetzen, ohne dass ich dafür mein gesamtes Weltbild revidieren musste. Bis zuletzt fand ich, dass Bahr zu verständnisvoll gegenüber dem neuen Großmachtstreben Russlands war. Aber man darf das so sehen in einer freien Gesellschaft. Grundlage der Demokratie ist, dass es einander widerstrebende Sichtweisen und Meinungen gibt, die man aushalten muss. Sie sind zwingend notwendig für die Suche nach dem richtigen Weg. Und deshalb möchte ich hier noch einmal den Bogen schlagen zur „Jungen Freiheit“. Selbst bürgerliche und wohlmeinende Freunde empfehlen mir manchmal, doch dieses Blatt nicht zu lesen, weil es irgendwie etwas rechts und zu sehr Deutschland-fixiert sei. Aber darf man das nicht sein? Wer entscheidet das ? Wir reden nicht über Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Rassismus, wir reden über KONSERVATIV. Egon Bahr hat die JF gelesen und sich von ihren Redakteuren interviewen lassen – ebenso wie sein SPD-Parteifreund Peter Glotz. Alt-Bundespräsident Romas Herzog von der CDU hat dem Blatt für ein Interview zur Verfügung gestanden, wie auch viele andere Politiker von Union, SPD, ja sogar der Grünen. Der große Journalist Peter Scholl-Latour hat regelmäßig für die „Junge Freiheit“ Beiträge geschrieben. Sind das jetzt alles Rechtsextremisten? Warum soll ich diese Zeitung nicht lesen oder – wie man jetzt formuliert „Berührungsängste“ zeigen? Weil eine lautstarke Minderheit mir das vorschreiben will? Ich lese täglich Welt und FAZ, oft BILD und auch die linksalternative TAZ. Das ist manchmal ein echter Genuss. Die TAZ, in der vor vielen Jahren Spendenaufrufe „Waffen für El Salavador“ erschienen, damit die kommunistischen Guerillas in Mittelamerika ordentlich was zu schießen und töten hatten. Oder das „Neue Deutschland“, jahrzehntelang Zentralorgan der SED-Diktatur. Die wird heute allgemein als ganz

normale Tageszeitung angesehen. Und ich darf die „Junge Freiheit“ nicht lesen, dessen Chefredakteur in seinem Büro ein Portrait von Stauffenberg über dem Schreibtisch hängen hat, wie ich gerade in der „Zeit“ las?

Ich bin zu alt, um mir noch von irgendwelchen Clowns vorschreiben zu lassen, was ich denken oder lesen darf. Und ich lade Sie alle ein, die Denkschablonen auch zu durchbrechen. Es gibt viele Anzeichen dafür, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland bröckelt. Denken Sie an die Autorin des „Westfalen-Blatts“, die ihren Job verlor, nachdem sie einen Leser, der seine kleinen Kinder nicht zum Blumenstreuen auf der „Hochzeit“ des homosexuellen Bruders mitnehmen wollte, in seiner Auffassung bestärkt hatte. Oder denken Sie an Politiker, deren Veranstaltungen in Universitäten abgebrochen werden mussten, weil sie ein pöbelnder Mob erfolgreich hinderte, zu sagen, was sie für richtig halten. Denken Sie auch aktuell an die von Lobbygruppen organisierten Protestbriefe an die Düsseldorfer Schulbehörde mit dem Ziel, die Räume für eine Veranstaltung mit „GenderGaga“-Autorin Birgit Kelle heute Abend in Düsseldorf kündigen zu lassen. Wer nicht im Mainstream schwimmt, soll an den Rand gedrängt, möglichst mundtot gemacht werden. Es ist beängstigend, wie von verschiedenen Seiten daran gearbeitet wird, den demokratischen Wettstreit in Deutschland durch das Ausschließen unliebsamer Meinungen zu zerstören.

Freiheit – das ist der entscheidende Begriff, um den unser politischen Denken kreisen sollte. Jeder soll lesen, denken und sagen, was er oder sie will. Das ist die Idee für unsere Gesellschaft, nachzulesen auch im Artikel 5 des Grundgesetzes. Da steht „Jeder hat das Recht, seine Meinung frei in Wort, Schrift und Bild zu äußern.“ Und da gibt es keinerlei Zusatz „sofern er nicht die falsche Meinung hat“.

Ja, Freunde, was denn nun?

„Polzei erschießt 19-jährigen Afroamerikaner“ lese ich gerade in der Süddeutschen Zeitung über einen tragischen Zwischenfall in den USA und bin verwirrt. Sollen unsere Medien bei Polizeiberichten nicht darauf verzichten, Ethnien zu nennen? Werden nicht Täter mit Migrationshintergrund in deutschen Medien immer als „Jugendliche“ bezeichnet? Hätte also die SZ nicht schreiben müssen „Polizei erschießt 19-jährigen Jugendlichen“? Ich meine, andernfalls könnte man ja auch den Gedanken kommen, dass mit zweierlei Maß gemessen wird. Wenn es in den progressiven Mainstream passt, wird die Ethnie genannt, wenn es nicht passt, lässt man sie weg. Aber das kann ich mir bei einer Qualitätszeitung wie der Süddeutschen nicht vorstellen….